

In Deutschland wird die Einführung von Eurobonds strittig diskutiert. Die FDP hat sich klar dagegen positioniert. Selbst Befürworter der Eurobonds gehen davon aus, dass diese das Zinsniveau für die deutsche öffentliche Hand erhöhen. Das bedeutet, dass die Bundesrepublik Deutschland auf ihre Anleihen, mit denen sie sich refinanziert, deutlich mehr Zinsen zahlen muss. Selbst Befürworter gehen davon aus, dass sich die öffentlichen Refinanzierungszinssätze um mehrere Prozentpunkte erhöhen.

Infolge dessen dürften sich auch die Refinanzierungskosten für die Bundesländer und die Kommunen deutlich erhöhen. Denn letztendlich liegt der Grund der günstigen Kommunalkredite darin, dass Länder höhere Zinsen wegen erhöhter Haftungsrisiken zahlen, so werden aller Voraussicht nach auch die Marktzinsen für die Kommunen steigen.

Vor diesem Hintergrund stellen sich uns die folgenden Fragen und wir bitten um deren Beantwortung:

1. Mit welchem Anstieg des Zinsniveaus rechnet die Verwaltung für ihre langfristigen Kreditverbindlichkeiten sowie ihre Kassenkredite, wenn Eurobonds eingeführt würden? Welche jährliche zusätzliche finanzielle Belastung würde das für Meckenheim bedeuten?
2. Hilfsweise, falls die Verwaltung sich zur Beantwortung der Frage nach Ziff. 1 nicht in der Lage sieht: Mit welchen zusätzlichen finanziellen Belastungen müsste unsere Stadt rechnen, wenn das Zinsniveau für die langfristigen Kreditverbindlichkeiten sowie die Kassenkredite um drei Prozentpunkte ansteigen würde?
3. Welche Maßnahmen müsste die Verwaltung ergreifen, wenn sich kurzfristig eine zusätzliche Belastung nach Ziff. 1 bzw. Ziff. 2 ergeben würde?

Antwort der Verwaltung:

Die Einführung von Eurobonds hat Auswirkungen auf Meckenheim wie auch auf alle anderen Städte und Gemeinden. Die Finanzdiskussion und der aktuelle wirtschaftliche Rückgang haben derzeit bereits Auswirkungen auf das Zinsniveau. Im Laufe des Jahres konnte ein Ansteigen des Zinsniveaus verzeichnet werden. Trotzdem gelang es der Verwaltung bei den zur Umschuldung anstehenden Krediten günstigere Zinsoptionen festzuschreiben als die bisherigen Zinsbedingungen. Nach der Finanzplanung des verabschiedeten Haushaltes geht die Verwaltung von einer Zinsbelastung für das Jahr 2012 in Höhe von 1,3 Mio. Euro aus. Bei einer Erhöhung um drei Prozentpunkte handelt es sich um Mehrkosten von ca. 40.000 €.